

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 28 (1948-1949)
Heft: 1

Artikel: Indische Streiflichter
Autor: Leyden, Rudolf v.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-159643>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

zum Äußersten zu bekämpfen. Eine mittlere Linie gibt es da nicht. Die Demokratie und mit ihr die abendländische Kultur kämpft in diesen Monaten um ihr Leben. Das erhebt die Krise der Demokratie zu einer Krisis unseres gesamten Daseins. Sie hätte nicht so gefährlich werden können, wenn die westliche Demokratie und nur sie das Befreiungswerk in Europa vollbracht hätte. Unglücklicherweise zogen die Kommunisten an der Seite der Demokraten triumphierend in Europa ein. Dieser Prozeß ist im Begriff, sich zurüchzubilden, aber er bringt gewaltige Erschütterungen, wenn nichts Schlimmeres mit sich.

INDISCHE STREIFLICHTER

VON RUDOLF V. LEYDEN, BOMBAY

Die ersten sechs Monate der freien und unabhängigen Dominions von *Indien* und *Pakistan* gehören zu den umwälzendsten und erschütterndsten in der Geschichte des indischen Landes.

Die Teilung des vormaligen Britisch-Indischen Reiches wurde in kürzester Zeit durchgeführt und durchschnitt viele, seit Jahrzehnten oder Jahrhunderten bestehende Einrichtungen, Verkehrsverbindungen und wirtschaftliche Beziehungen. Niemand erwartete, daß eine solche tiefgreifende Veränderung ohne Reibungen, Streit und selbst Unruhen hätte verlaufen können. Viele hatten erhofft, daß die Zuerkennung eigenstaatlicher Existenz für größere mohammedanische Bevölkerungsteile zu einer Befriedung der religiösen Gruppen und einer politischen Zusammenarbeit der beiden neuen Länder führen würde. In dieser Hoffnung hatten die Führer des Indischen Kongresses und auch *Gandhi* ihre Zustimmung, wie immer widerstrebend, zu den Teilungsplänen Lord *Mountbattens* gegeben. Diese Hoffnungen wurden enttäuscht. Schon lange vor der Teilung war es in verschiedenen Gegenden des Landes zu Massakern von Minoritäten gekommen. Die Zerschneidung des Punjab in einen westlichen mohammedanischen und einen östlichen indischen Teil ließ größere Gruppen des virilen und wirtschaftlich einflußreichen Sikh-Volkes in Pakistan, was Haß und Unwillen hervorrief. In kürzester Zeit war der ganze Norden von Indien, vor allem der Punjab, die Nord-West-Provinz und Teile der «United Province» mit der Hauptstadt Delhi im wahrsten Sinne des Wortes in ein Schlachtfeld verwandelt. Tausende und Zehntau-

sende friedfertiger Bauern und Bürger wurden von eben so friedfertigen, aber fanatisch verhetzten und verängstigten Mitbürgern ermordet und verstümmelt. Zu Zehntausenden setzten sich die Überlebenden in Bewegung und zogen über die neuen Grenzen zwar in Sicherheit, aber in das elende Dasein des mittellosen und nicht immer freundlich empfangenen Flüchtlings.

Millionen auf der Wanderung

Der ursprüngliche Teilungsplan hatte keinen großzügigen Tausch der Bevölkerungen vorgesehen und hatte lediglich zugestanden, daß Beamte, Soldaten und Angestellte öffentlicher Einrichtungen, wie der Eisenbahnen, für das eine oder andere Dominium optieren konnten. Die Geschehnisse haben bewirkt, daß bis heute schätzungsweise zehn Millionen Menschen umgewandert oder noch im Aufbruch begriffen sind. Fast alle Hindus und Sikhs haben Pakistan verlassen. Mohammedaner verlassen noch immer in größeren Gruppen Teile Indiens, in denen sie sich nicht mehr sicher fühlen. Trotzdem werden wohl schätzungsweise 20 bis 30 Millionen Mohammedaner im Indischen Dominium verbleiben. Für uns, die wir in Bombay leben, ist die Katastrophe, die über die nördlichen Teile des Landes gefallen ist, kaum vorstellbar. Spannungen und Zusammenstöße hat es hier natürlich auch gegeben. Aber die mohammedanischen Stadtviertel bieten heute ein ebenso friedliches und emsiges Bild wie früher, nur sieht man kaum einen Hindu dort. In Kalkutta, dem Schauplatz blutigster Unruhen im August 1946, bewahrte der fast mystische Einfluß der Gegenwart Gandhis vor weiterem Unglück. Später zog er nach Delhi, um die Hauptstadt aus ihrem kommunalen Kleinkrieg zu retten. Um diesem Bestreben Nachdruck zu geben, begann er im Januar sein Fasten, eine symbolische Handlung, die schon bei früheren Gelegenheiten zu Erfolg geführt hatte.

Folgen der Teilung Indiens

Unsere Einführung war notwendig, um die heutigen Schwierigkeiten Indiens zu verstehen, denn es lassen sich fast alle Probleme auf die Teilung Indiens zurückführen. Internationale Verwicklungen und die wirtschaftliche Krise akzentuieren nur die Probleme, die die Völker Indiens und Pakistans sich selbst geschaffen haben.

Beiden Ländern lastet am Anfang ihres neuen Lebens, das schon an und für sich viele schwierige Aufgaben stellte, die Neuansiedlung von Millionen von Flüchtlingen auf den Schultern. Diese Aufgabe verschlingt ungeheure Summen und wirft viele Fragen poli-

tischer Natur auf, denn die Anwesenheit zahlreicher entwurzelter, verzweifelter Menschen bildet einen dauernden Unruheherd und führt zu politischer Radikalisierung. Pakistan ist durch die Auswanderung der Hindus besonders betroffen, weil es damit seinen reichsten und wirtschaftlich aktivsten Bevölkerungsteil verloren hat. Das gesamte Geschäfts- und Verwaltungsleben ist dadurch in Mitleidenschaft gezogen und nur sehr langsam kommen Industrie und Handel wieder in Gang, weil geeignetes Personal fehlt. Die Mohammedaner selber sind zum größten Teil Bauern, Handwerker und kleine Gewerbetreibende und hatten selbst in den vorherrschend mohammedanischen Gebieten nur einen unwesentlichen Anteil am Wirtschaftsleben.

Berichte, die wir vor kurzem aus dem östlichen Punjab erhielten, woselbst die indische Regierung großzügige Siedlungspläne mit Energie durchgeführt hat, sprechen von guten Ernteaussichten und sich wieder belebendem Treiben in Stadt und Land.

Die Verbitterung, die die Folgen der Teilung in beiden Ländern hervorgerufen hat, führte weiterhin zu einer Verschärfung der politischen Gegensätze und, statt der erhofften und erwarteten Zusammenarbeit auf allen Gebieten, zu einer immer radikaler werdenden Trennung und Zerschneidung bestehender Verbindungen. Pakistan drängt nach Industrialisierung, um seine wichtigsten Rohmaterialien wie Baumwolle und Jute selbst zu verarbeiten, sieht sich aber durch Mangel an Kohle, die aus Indien kommt, auf Schritt und Tritt in allen Bemühungen gehemmt. Die indische Industrie, vor allem die Textilindustrie, hat vorläufig wichtige Märkte in Pakistan verloren. Solange so wenig Vertrauen zwischen den beiden Ländern besteht, wird es schwer sein, normale Handelsbeziehungen herzustellen.

Der Streit um Kashmir

Die politischen Gegensätze fanden ihren Gipfel in dem Disput über Kashmir, der zu militärischen Handlungen führte und der noch immer die Gefahr eines schlimmeren Konfliktes in sich birgt. Ein Leser, der Gelegenheit hat, Zeitungen aus Indien und Pakistan zu lesen, glaubt sich in die Zeit des letzten Weltkrieges zurückversetzt. Fabelhafte Siege der eigenen und schreckliche Verluste der anderen Seite füllen die Blätter, unterstützt von «bis zum letzten Blutstropfen»-Aufrufen der jeweiligen Führer. Das Kashmir-Problem ist nicht nur durch seine Diskussion vor dem Sicherheitsausschuß der Vereinigten Nationen ein Fall von internationaler Bedeutung geworden. Es ist wichtig und interessant genug, um einmal eingehender darüber zu schreiben. Hier soll der Hinweis genügen, daß der Kampf um Kashmir im Rahmen der Verteidigung des Indischen Kontinents

an seiner Nord-West-Grenze angesehen werden muß. Die Engländer haben den Frieden an der «blutigen Grenze» mit vielen Kämpfen und mit großen Geldzahlungen an die Grenzstämme gewährt und über Jahrzehnte befestigt. Pakistan hat sowohl die militärischen Vorposten im Grenzgebiet zurückgezogen und die Zahlungen, die es sich aus eigenen Einkünften nicht leisten kann, eingestellt. Die Stämme sind auf dem Marsch. Sie waren es, die im Oktober in Kashmir einfielen, wenn nicht mit aktiver Hilfe von Pakistan, so doch gewiß unter den «zugeschrämpten Augen» der Regierung; diese Tatsache bewegte den Maharaja zum Anschluß an Indien und brachte so reguläre Truppenteile der indischen Armee ins Land. Der Streit um Kashmir kostet Indien Summen, die es heute besser auf andere Dinge verwenden könnte, und er macht durch die vergiftete Atmosphäre eine großzügige Verständigung zwischen den Ländern unmöglich. Deshalb ist es so bedauerlich, daß es bisher am Lake Success noch zu keiner friedlichen Lösung gekommen ist. Es scheint, daß auch hier wieder die beiden jungen Nationen nur das Schlechte von den älteren Mächten gelernt haben und chauvinistische Leidenschaften oder Prestigesorgen eine sachliche Beurteilung verunmöglichen.

Innere Politik

In Indien ist der Nationale Kongreß die herrschende Partei. In die zentrale Regierung hat man jedoch für einige technische Portefeuilles, wie Handel und Eisenbahnen, geeignete Männer genommen, die keiner oder anderen Gruppen angehörten. Die große Einheit des Volkswillens, die Indien während seines Freiheitskampfes entwickelte, hatte schon durch die kommunalen Zwistigkeiten einen Bruch erlitten. Jetzt, wo der auswärtige Druck fehlt, kommen die inneren Spannungen zur Geltung. Der Kongreß selber spaltet sich deutlich in einen rechten Flügel, unter *Sardar Vallabhai Patel*, dem stellvertretenden Premier und Minister des Inneren, und einen linken sozialistischen Flügel. Es wird wohl kaum lange dauern, bis die Sozialisten unter *Jai Prakash Narain* ihre eigene Partei außerhalb der Kongreßpartei aufbauen. In Bombay haben sie bereits die Gemeindevahlen mit ihrer eigenen Liste gegen die offizielle Kongreßliste bestritten und bemerkenswerte Erfolge erzielt. Der Regierungschef *Pandit Nehru* steht in der Mitte zwischen diesen beiden Flügeln und hält im wahrsten Sinne des Wortes die Balance. Nach Gandhis Tode vereinigt er die Verehrung und das Vertrauen weiter Volksmassen in seiner Person. Er vertritt die These des säkulären demokratischen Staates, die unbedingte Einheit des indischen Dominiums, mit einer starken zentralen Regierung und internationaler Verständigung, aber

keine Anlehnung an den russischen oder den angloamerikanischen Block. Selbst Sozialist in seiner ganzen Natur und Einstellung, steht er einer verfrühten sozialen Revolution skeptisch gegenüber. Er scheint zu den Sozialisten zu sagen: laß uns erst unser Haus und unsere Wirtschaft auf eine solide Basis bringen, bevor wir uns auf den unsicheren Boden neuer Experimente begeben. Deshalb verläßt er sich wohl noch mehr auf den Mann der «starken Hand»-Politik, Patel, von dem ihn sonst weltanschauliche und politische Auffassungen trennen.

Rechts vom Kongreß stehen die Parteien und Gruppen der radikalen Hindus, die sich mit der Teilung Indiens nie einverstanden erklärt hatten und den Mohammedanern auf beiden Seiten der Grenze den Kampf angesagt haben. Sie haben natürlich durch den Zufluß der vielen entwurzelten und verbitterten Flüchtlinge aus Pakistan neue Anhänger gewonnen. Aus diesen Kreisen kam die Gruppe der Männer, die Gandhis Tod geplant und verursacht haben, obwohl eine Beteiligung der offiziellen Mahasabha-Partei an der Verschwörung wohl nicht stattgefunden hat.

Die Kommunisten

Links von den Kongreß-Sozialisten haben die Kommunisten eine starke Organisation aufgebaut. In systematischer politischer Kleinarbeit und Disziplin übertreffen sie wohl die anderen Parteien. Ihre Zusammenarbeit mit der Regierung, nach Eintritt Rußlands in den Weltkrieg, hatte ihnen in nationalen Kreisen alle Sympathien gekostet, vor allem nachdem sie sich von der Revolte im Jahre 1942 ferngehalten hatten. Sie haben ihren größten Einfluß in Südindien und zwar sowohl bei den Landarbeitern als beim Industrieproletariat. In anderen größeren Industriezentren haben sie natürlich auch eine Bedeutung, obwohl ihnen da die Führerschaft in den Gewerkschaften zunehmend von den Sozialisten streitig gemacht wird. Die Kommunisten erstrecken ihre Organisation auch in weitgehendstem Maße auf die primitiven Stämme, die in Wald- und Feldwirtschaft aufs schändlichste von gewissen Unternehmern und Geldverleihern ausgebeutet werden.

Separatistische Tendenzen

Während die indischen Fürstenstaaten, dem Druck ihrer Untertanen folgend, ihre mittelalterlichen feudalen Rechte aufgeben, sich zu größeren Staatengruppen mit gewählten Volksvertretungen zusammenschließen, oder ihre Staaten selbst in die Provinzen einverleiben lassen, machen sich überall Bestrebungen bemerkbar, die auf

einer Neuordnung der politischen Landkarte Indiens auf kultureller und sprachlicher Grundlage bestehen. So wollen die Tamilen, Telugu und Kanareren in Südindien ihre eigenen Provinzen, und die Maharatten träumen von der Wiederaufrichtung ihrer Nation in West- und Zentralindien. Allen diesen zentrifugalen Kräften steht ein junges Nationalgefühl gegenüber, das aber erst aus der gefühlsmäßigen und in vielen praktischen Dingen negativen Phase der Freiheitsbewegung in eine solche des verantwortlichen, positiven Staatsbürgertums verwandelt werden muß.

Die Wirtschaftskrise

Zu all diesen politischen Schwierigkeiten im neuen Indien tritt nun noch eine Krise der Produktionswirtschaft, die die Erholung von den Kriegsjahren und eine Heilung der durch die Landesteilung erlittenen Schäden in die ungewisse Zukunft verschiebt. Die Hauptgründe für diese Krise mögen hier kurz angedeutet werden. An erster Stelle steht der Verfall des indischen Eisenbahndienstes, vor allem wegen Verschleißes während des Krieges, der wegen unzulänglicher Mittel und zu knapper Lieferungen aus dem Ausland nur ganz langsam gutgemacht werden kann. Schlechter Transport knebelt die Produktion in den Schlüsselindustrien: Kohle, Eisen, Stahl und Zement, deren Knappheit sich wieder in allen anderen Wiederaufbau-Unternehmungen fühlbar macht. Dazu kommt eine gewisse Scheu oder sogar Widerstand des unternehmenden Kapitals, die durch erhebliche Profitsteuern, Kontrollen und Arbeitsunruhen bedingt sind. Die Arbeiterschaft hat einerseits durch Streiks und «*go-slow*»-Methoden die Produktion pro Kopf in allen Industrien herabgesetzt, aber durch Lohnerhöhungen und teilweise verbesserte Arbeitsbedingungen die Kosten gesteigert. Die Folge der fallenden Produktion ist hier, wie in manchen europäischen Ländern, eine deutliche Inflation, der durch die Aufhebung der Rationierung von Lebensmitteln in einigen Provinzen auch nicht gerade gesteuert wird.

Die Regierung ist zum Teil an der Lage schuld, weil sie sich zu keiner eindeutigen Politik entschließen kann. Einerseits läßt sie den Unternehmern durch ihren Finanzminister Versprechungen und Zusicherungen machen, andererseits betont sie immer wieder die Tendenz zur Staatswirtschaft. Es ist ihr auch nicht gelungen, trotz mehrfachem Appell an das Nationalgefühl, eine größere Disziplin in der Arbeiterschaft zu erzielen. Eine Konferenz zwischen Unternehmern, Regierung und Gewerkschaften fand im Dezember statt, um Wege zur Produktionserhöhung zu erforschen. Sie beschloß einen industriellen Burgfrieden für drei Jahre; weitere Streiks wurden aber dadurch

nicht verhindert. Da sich auch die Exportlage nicht gebessert hat, müssen die sehr strengen Beschneidungen des Importes beibehalten werden, um Devisen zu sparen.

Das Attentat auf Gandhi

Viele Inder hatten geglaubt, mit dem Tag der Freiheit würde der Himmel auf Erden für sie beginnen. Wenige hatten solche Schwierigkeiten vorausgesehen und viele hatten gehofft, im freien Lande würden Korruption und schwarzer Markt überwunden. Aber keiner hätte es je für möglich gehalten, daß kaum sechs Monate nach der Unabhängigkeitserklärung Mahatma Gandhi, der Vater der Nation, einem politischen Mord zum Opfer fallen würde. Der Mörder ist ein Hindu, ein Bramahne, der aus den Kreisen des radikalen völkischen Hinduismus kommt. Diese Kreise haben seit jeher Gandhis Versöhnungspolitik gegenüber den Mohammedanern in Indien und gegenüber Pakistan abgelehnt. Seine täglichen Abendpredigten übten auf viele Millionen einen großen moralischen Einfluß aus und erhielten die geringen Reste von Toleranz und Selbstkontrolle lebendig, die sich bei den Ereignissen der letzten Monate auswirkten. Wie stark und einzigartig dieser Einfluß war, hatte sich noch im Januar gezeigt, als Gandhi ein Fasten bis zum Tode beschloß, um endlich der antimohammedanischen Unruhen in Delhi Herr zu werden. Manche sagten damals, daß er damit auch versucht hätte, auf die Pakistan-Politik der Regierung, vor allem Vallabhai Patels, einzuwirken. Jedenfalls machte Indien innerhalb weniger Tage eine versöhnliche Geste, indem es Pakistan zustehende Kassenbestände freigab, und das Volk von Delhi setzte Gandhis Bedingungen für bürgerlichen Frieden in die Tat um. Wenige Tage später fielen die Schüsse, die diesen Heiligen in der Politik im achtundsiebzigsten Lebensjahr töteten.

In Indien lassen sich Religion und Politik leicht vermischen. Für die großen Massen war Gandhi mehr ein Heiliger, Bapuji oder Väterchen, selbst ein Gott, dessen Bild in vielen Dörfern verehrt wurde. Wer sein Leichenbegängnis und die Versenkung seiner Asche an zahllosen Stellen Indiens, in Flüssen und im Meer miterlebt hat, muß von der Größe und Tiefe des moralischen Einflusses Gandhis überzeugt worden sein. Hier ist eine neue Religion im Entstehen, deren Mythos in manchen Einzelheiten der Lehre von Gethsemane und Golgatha ähnelt. Die Zukunft Indiens wird jedenfalls davon abhängen, ob die Einzelnen und die Massen Untoleranz und Eigennutz überwinden können, und nicht von Sicherheitsmaßnahmen, mit denen die Regierung jetzt alle halb-militärisch aufgezogenen religiösen und politischen Organisationen von rechts bis links zu unterdrücken sucht.